



PRESSEMITTEILUNG zum Mord an Trans*Personen in der Türkei

Am 30. März 2012 wurde *Tuğçe Şahin* Opfer eines transphoben Mordes in Karabağlar, İzmir. Am 05. April 2012 wurde *Nükhet Kızılkaya* in Kuşadası mit 40-50 Messerstichen, einem Kopfschuss und einer gebrochenen Flasche in ihrem Anus von ihrem Lebenspartner tot aufgefunden.

Mit großer Sorge und Trauer haben wir die Nachrichten über diese Morde zur Kenntnis genommen. *Tuğçe Şahin* und *Nükhet Kızılkaya* und andere Trans*Menschen wurden in der Vergangenheit aufgrund ihrer Geschlechtsidentität grauenhafter Gewalt ausgesetzt und ermordet.

Neben alltäglichen Diskriminierungen durch den Staat und die Gesellschaft gehören zum Alltag von Trans*Personen in der Türkei leider immer auch Gewalt und allzu oft auch Mord. Die Täter sind oft Männer, die mit den Opfern verwandt sind oder sie als Freier aufsuchen. Vor allem Transfrauen sind in der Türkei auf Sexarbeit angewiesen, da sie sonst kaum Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

Die Lebensbedingungen der Betroffenen sind vor allem durch ein feindliches gesellschaftliches Klima geprägt. Diskriminierung, Gewalt und Mord an sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten können daher nicht lediglich als Verbrechen gegen Einzelpersonen bewertet, sondern müssen immer auch als politisch motivierte Gewalt verstanden werden.

Die Situation von Trans*Personen, die systematisch durch den Staat und die Gesellschaft diskriminiert und jedes Jahr in zunehmender Zahl ermordet werden, müssen verbessert und die Morde an ihnen verhindert werden. Dazu braucht es Initiativen auf unterschiedlichen Ebenen.

Wir fordern daher:

- Diskriminierung, Gewalt und Mord an Trans*Menschen müssen als «Hassgewalt» («Nefret Suçu») im Strafgesetzbuch berücksichtigt werden. Eine politische Motivation muss wie bei so genannten «Ehrenmorden» («Namus Cinayeti») strafverschärfend wirken. Eine Strafminderung aufgrund der sexuellen Orientierung und/oder der Geschlechtsidentität der Opfer darf es nicht geben. Sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität der Opfer dürfen nicht als «legitime» Motive für einen Mord gelten.
- Der Antidiskriminierungsparagraph der Verfassung (§ 10) muss um die Merkmale «sexuelle Orientierung» und «Geschlechtsidentität» ergänzt werden. Neben dem Erlass eines Antidiskriminierungsgesetzes ist die Änderung bestehender Gesetze notwendig, die

Trans*Personen benachteiligen und staatliche Stellen ermächtigen, sie ungleich zu behandeln.

- Selbst-Organisationen von Trans*Personen sind als Interessenvertretung zu fördern. Gesellschaftliche Emanzipation und die Förderung von Akzeptanz dürfen nicht mehr wie bisher durch Verbotsverfahren behindert werden, die mit dehnbaren und undeutlichen Begriffen wie «allgemeiner Moral» («Genel Ahlak») oder der türkischen Familienstruktur («Türk Aile Yapısı») begründet werden.
- Die Sicherheitsinteressen von Einzelpersonen müssen ernst genommen werden. Die gängige Praxis, dass Trans*Personen selbst dann als Schuldige die Gerichtssäle verlassen, wenn sie als Klagende dort waren, muss ein Ende finden. Wer Menschen keine Alternative zur Sexarbeit lässt, darf diese nicht skandalisieren.

Für Trans*Menschen in der Türkei ist es buchstäblich eine Überlebensfrage, dass ihre körperliche Unversehrtheit geschützt wird, und Hassverbrechen sanktioniert werden.

Wir trauern um *Tuğçe Şahin* und *Nükhet Kızılkaya* und die anderen Opfer transphober Gewalt in der Türkei und weltweit.

Wir fordern unsere Menschenrechte, wir bitten nicht um einen Gefallen!

Am Montag, den 30.04.2012 möchten wir mit euch gegen diese Zustände in Form einer Kundgebung demonstrieren. Bitte kommt um 12 Uhr zur Türkischen Botschaft, Rungestr. 9, 10179 Berlin.

Berlin, 27.04.2012

Mitunterzeichner_innen:

